

Esther Dischereit

**MAMA, DARF ICH DAS
DEUTSCHLANDLIED
SINGEN**

Politische Texte

mandelbaum *verlag*

Gedruckt mit Unterstützung durch



mandelbaum.at • mandelbaum.de

ISBN 978-3-85476-873-9

© mandelbaum verlag, wien • berlin 2020
alle Rechte vorbehalten

Projektmanagement: ELKE SMODICS
Lektorat: HANS-ULRICH MÜLLER-SCHWEFE
Satz: KEVIN MITREGA
Umschlag: MICHAEL BAICULESCU
Druck: PRIMERATE, Budapest

Inhalt

- 7 Vorwort
- 16 Ich wollte unbedingt zu James Agee
- 19 Breads Bakery
- 47 Tödlicher Antisemitismus. Was geschah in Halle
- 56 Frankfurter Erklärung oder andere Belange
- 74 Geflüchtet Zugereist Eingewandert
- 95 Whats App Golem
- 103 »Sie hatten keine Empathie«
Rassismus in Ostdeutschland
- 110 »Man trägt es wie eine Handtasche«
Über »Jewish spaces« und die Rolle des Jüdischen
im offiziellen Kulturbetrieb
- 119 Blumen für Otello – Über die Verbrechen von Jena
Ein Werkstattbericht
- 141 Vorwärts und Vergessen
Reminiszenzen an Aufbau Ost, 1991/92
- 155 Von der Familie, vom unbeschriebenen Marshmallow
und über das Gutsein im Leben

- 165 In Memoriam Jürgen Fuchs
- 168 Unterwegs mit Freunden
In politischen, moralischen und literarischen
Angelegenheiten
- 176 Im blauweißen Kleidchen
- 178 Vom Tempelberg aus gesehen
- 195 Selbst-Interview
- 200 Mama, darf ich das Deutschlandlied singen
- 214 Als Jüdin in Deutschland schreiben
- 224 Nachwort
Aleida Assmann
»Ich habe ein Wort und ein anderes Wort
und sonst nichts«
- 230 Anmerkungen

Vorwort

Die Essays sind Bestandsaufnahmen, sie enthalten Überlegungen und Beobachtungen von gesellschaftspolitischen Angelegenheiten und stellen die Frage, wie demokratische und solidarische Prozesse vorankommen können. Sie handeln von deutsch-jüdischen Zuständen, davon, wie eine Israeli Bakery in New York zur Quelle des Wanderns werden kann, von der Aktualität rassistischer Strukturen bei Behörden und anderen Institutionen in Deutschland, von Erfahrungen der neunziger Jahre in Ost und West, von Flucht und Gewalt, von Israel und Palästina und von dem Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019. Inzwischen sind weitere Opfer rassistisch motivierten Mordens zu beklagen. Neun Menschen wurden in der Stadt Hanau am 19. 2. 2020 getötet, bevor der mutmaßliche Täter seine Mutter und sich selbst erschoss. In den Trauerreden wird der Rechtsextremismus als »Gift«, werden die Giftmischer*innen im öffentlichen Raum, die nationalistische und ethnisch-grundierte Hetze betreiben, als solche bezeichnet. Das ist richtig und wichtig. Allerdings ist in diesen Reden eine Undeutlichkeit zu hören, wenn wir »alle« betroffen sind. Das ist eine Sprechweise, mit der die nicht unmittelbar Betroffenen versuchen, sich an die Seite der Betroffenen zu stellen. Insoweit sich alle als Bürger*innen verstehen, ist das auch richtig. Bloß sind die einen mehr Bürger*in als die anderen und das ist schon viel zu lange so.

Von welcher Position aus und an wen gerichtet sprechen die als Minderheiten Bezeichneten? Ceija Stojka, Angehörige der österreichischen Lovara-Rom*nja, Aktivistin, Schriftstellerin und Malerin hat stattdessen immer wieder von »Wenigerheiten« gesprochen. Die Adressaten der »Wenigerheiten« – ein anderer Definitionsvorschlag spricht von »Lang-« oder »Kurz«heimischen – müssen die

Parlamente, müssen Judikative und Exekutive sein. Es sind die Institutionen, die Strukturen, die geändert werden müssen. Es ist vollkommen aussichtslos, den Geflüchteten Menschen, den Eingewanderten oder Schwarzen Menschen von seiner Geschichte oder Herkunft befreien zu wollen. Wozu auch? Ich möchte zum Beispiel nicht weniger jüdisch sein, als ich es bin.

Der Geflohene oder Eingewanderte Mensch, gleich welchen postmigrantischen Zustands oder der Arme Mensch wird mit diesen Attributen so behaftet, als handelte es sich um eine Charaktereigenschaft. In gewisser Hinsicht lastet auf diesen und anderen als Minderheit bezeichneten Gruppen die Zuschreibung des irgendwie Defizitären, wie dereinst eine Frau als im eigentlichen Sinn defizitärer Mann erschien. Wie das Problem zu beheben sei, wird möglicherweise dem Ressort Soziale Arbeit überantwortet. So, als wären diese alle behandlungsbedürftig. Und als müsste im Krisenfall diese Behandlung dann ausgeweitet werden.

Die Lage von Jüd*innen, Schwarzen Menschen, BPoC (Black and People of Color) und Eingewanderten Menschen, Geflüchteten Menschen, Rom*nja und Sinti*zze, queeren Personengruppen und anderen verlangt in einem existentiellen Sinn nach Bürger*innenrechten. Kommen sie in der Gesellschaft vor, als wären sie alle mehr oder weniger im Zustand des Geduldet-Seins oder sind sie in ihr »aufgehoben« und bilden den politischen Marktplatz, auf dem sie sichtbar und unübersehbar sind? Gründungen wie neue deutsche Organisationen (ndo) und andere vermitteln bereits eine Idee davon, wie ein neues WIR in Deutschland aussehen könnte. »Wir sind von »hier«. Hört auf zu fragen! Postmigrantische Bewegung für ein inklusives Deutschland« lautet die Selbstbeschreibung des Netzwerks von rund 100 Vereinen, Organisationen und Projekten.

Damit solche Aufbrüche nicht weiterhin bei einer Wiedereinreise an der Banalität von Zollkontrollen am Flughafen scheitern – hier sind offenbar die Weiterbildungen zur Ungesetzlichkeit von Racial Profiling folgenlos geblieben –, werden Rechtspositionen benötigt. Staatsbürgerrecht, Kommunalwahlrecht, auch für Ansässige

aus Nicht-EU-Staaten und bei der Verfolgung von Straftaten die Aufnahme von Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus als prinzipiell nicht auszuschließende Motive, wenn Angehörige solcher Gruppen zu Schaden kommen.

Karamba Diaby, der Bundestagsabgeordnete der Sozialdemokratischen Partei aus Halle, hatte wie im Schulunterricht dem Parlament zu erklären, dass eine Million Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland leben und dass sie Teil einer Einwanderungsgeschichte sind, die vor mehr als 400 Jahren begann. Er beließ es dabei und sprach nicht weiter darüber, inwieweit diese Einwanderung im Gefolge von Sklaverei oder sklavenähnlichen Zuständen erfolgte, und zur Beteiligung am Profit durch den Verkauf von Menschen führte. Die Wahrnehmung der Erzählungen dieser Vielen steht aus. Es sind Erzählungen, die nicht in einem einzigen Narrativ zusammenlaufen. Das ist auch gut so, denn die kollektiven Erzählungen, wie sie in der Ära nach 1945 in Deutschland gepflegt wurden, kreierte einen Unschulds- und Opfer-Mythos und hatten mit Fakten nichts zu tun. Die Bundesrepublik Deutschland baute auf: Waschmaschine, Staubsauger und VW. Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mord blieben entweder gänzlich ungeahndet oder konnten verjähren. Die sogenannte »Gastarbeiter«-Generation brachte andere Erinnerungen mit, in denen das Leiden der Bevölkerung unter der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg aufgehoben ist, Bilder von Hinrichtungen, Massakern und Aushungern. Eine schreckliche Mitgift, mit der aus Jugoslawien, Polen, Griechenland, Italien stammende Menschen bei den ehemaligen Täter*innen und deren nächsten Generationen ökonomisch Abhängige wurden. So erzählt zum Beispiel die 1958 eingewanderte Angeliki Goutenidou in dem Film »Man lebt nicht nur vom Brot allein« (Die Unmündigen, Mannheim, 1992), wie ihre griechischen Kolleg*innen wohl gemerkt hätten, »dass sich die Situation hier geändert hatte, und so gab es nicht mehr diese große Angst, die vom Krieg ausgelöst worden war. ... Trotzdem sagten wir manchmal: Hoffentlich verarbeiten die uns nicht zu Seife!« Was Holocaust

bedeutete, wußten sie und die Furcht vor NS-Tätern in Deutschland begleitete sie auch fünfzehn Jahre danach. Diese Situation des Ausgesetzt-Seins, in der sie sich befanden, ist im »migrantischen« Wissen aufbewahrt. Aleida Assmann spricht in ihrem Nachwort von diesem Einwirken der Vergangenheit auf die nachfolgenden Generationen und darüber, wie notwendig es für die Demokratie ist, jenen Blick anderer sichtbar zu machen.

Nicht zu vergleichen mit der Zahl der nach Kriegsende von der Bundesrepublik aufzunehmenden über 13 Millionen Vertriebenen, in der DDR waren es etwa vier Millionen, ist die Zahl der Geflüchteten Menschen, die in den neunziger Jahren ankamen, wie auch derjenigen, die nach 2015 Teil der Gesellschaft wurden. Für sie geht es jetzt um »Dazugehören«. Der Fetisch von Herkunft und nationaler Identität zerbröselte vor der Bedeutung eines Papiers, das das Dazugehören gestatten möge. Der Schriftsteller Saša Stanišić schreibt auf, wie für ihn die Rebellion Anpassung hieß. »Überall, wo man mich haben wollte und wo ich sein wollte. Kleinsten gemeinsamen Nenner finden: genügte.« Hier passt es nicht als Antwort auf die Zumutungen dessen, was zu deutschen und anverwandten »National-« oder »Leittugenden« zu sagen wäre, dem Geflüchteten fröhlich zuzurufen, Desintegrieren sei die Losung der Stunde. Es ist das Angebot der vollen Staatsbürgerrechte, um das es gehen muss; um Wählen und Wählbarkeit auf allen Ebenen, Mitsprache- und Teilhaberechte, um das Recht eine Familie zu haben.

Die Auffassung von der Existenz der Vielen verschafft sich ihren Ausdruck als Alternative zum Rechtspopulismus und besteht darauf, dass die Vielen in unübersehbarer Weise Viele und Diverse bleiben und gleichzeitig in eben diesem Zustand ein WIR, ein unteilbares Wir sein wollen. Für verschiedene Aktionen und Demonstrationen galt und gilt die Botschaft »unteilbar«. Unter diesem Schirm kann sich jeder und jede dennoch partikular orientieren, während gleichzeitig der universale Anspruch leitendes Motiv eines »Wir« bleibt.

Damit können die Minderheiten sich von einer Position ver-

abschieden, in der es darum ginge, etwas zu erlangen, worüber eine Dominanzgesellschaft längst verfügt. Sie können sich stattdessen selbst kollektiv als bereits die-Vielen-seiend begreifen und verlangen, dass ihre Gegenwart in den Bereichen der Politik und Kultur zur Kenntnis genommen wird. So schrieb eine Gruppe unter dem offenen Kollektivnamen Dear All an das Kulturreferat in München und teilte mit, dass sie erwartet, bei den Veranstaltungen der Stadt repräsentiert zu sein. Dear All oder die Vielen werden sichtbar handlungsfähig.

Die Erfahrungen als Beobachterin des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags zur Untersuchung der Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) veranlassten mich zu einer Beschäftigung mit dieser Serie von rechts-extrem motivierten Morden, sodass ich alle anderen Arbeiten zurückstellte.

Das war im Februar 2005 noch anders gewesen. Meine Kolleg*innen beim Deutschen Gewerkschaftsbund brachen zu einer Gegendemonstration gegen eine Nazi-Kundgebung von Berlin nach Dresden auf, es war der 13. Februar, der Tag der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten. Seit Jahren versuchten Gruppen der extremen Rechten das schmerzliche Datum in einen erneuten Volksgemeinschafts- und Opfermythos umzudeuten. Ab 2009/2010 stellten sich dann Zehntausende dagegen, verhinderten den Neo-Nazi-Aufmarsch, die Polizei mischte sich massiv ein und noch Jahre später schleppten die Aktivist*innen Prozesse mit sich wegen angeblicher Gewaltverherrlichung und Landfriedensbruchs. Ich ging damals nicht mit. Während meines Studiums zu Anfang der siebziger Jahre waren Themen, die mit Antifaschismus zu tun hatten, überwiegend von politischen Akteur*innen besetzt, die der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) nahestanden oder einer ihrer Unterorganisationen. Damit wollte ich nichts zu tun haben. Das Thema schien mir instrumentalisiert worden zu sein und es gab eigentlich keinen Weg, es aus dieser Umklammerung herauszulösen. Außerdem glaubten wir damals, dass die Revolution das vordringliche Ziel sei, eine Revolution mit einer diffus

maoistischen Orientierung und gelegentlicher Sympathie für eurokommunistische Bewegungen.

Wir dachten ständig an das Große und Ganze und lebten für eine Vision; die Konzentration auf den nächsten Tag, den Ort, die Institution, das hielten wir häufig für reformistisch.

Dennoch, ab 1988 hatte ich öffentlich mit den literarischen Werken *Joëmis Tisch* und *Übungen jüdisch zu sein*, in Hörstücken und anderen Publikationen zu Antisemitismus und Rassismus Stellung genommen.

Diese Texte wirken auf mich so, als hätte ich auf einem öffentlichen Platz gestanden und mit dem ausgestreckten Finger auf jemanden gezeigt. Ich weiß, das schickt sich nicht. Aber mein jüdischer Mensch wollte weder geliebt noch gehasst werden. Dieser jüdische Mensch wollte sein, nichts anderes als sein. Offenbar braucht es eine bestimmte Lautstärke, um diese Selbstverständlichkeit von human kind für den oder die von Rassismus und Antisemitismus Betroffenen geltend zu machen.

Und wenn ich nun auf dem Marktplatz stehe und schreie, ist es dann nicht meine Aufgabe, mich gegen die zu wenden, die meine Existenzberechtigung angreifen? Muss ich nicht als Jüd*in in der ersten Reihe stehen, um mich gegen Antisemitismus zur Wehr zu setzen? Nicht die erste sein, die gegen die Angriffe der Rechtsradikalen aufsteht? Mein Freund Jürgen Fuchs, Dissident und Schriftsteller, inhaftiert in der DDR und dann in den Westen verbracht, sagte einmal auf die Frage, welche Verantwortung er habe, dass er gar nichts müsse, absolut gar nichts. Er könne auch über einen Aschenbecher schreiben, warum denn nicht. Diese Bemerkung beeindruckte mich, und ich habe sie für mich gebraucht. Ich muss als Jüd*in nichts, gar nichts, und es ist keineswegs eine mir quasi mit der Geburt zugewachsene Aufgabe, mich gegen Rechtsradikalismus zu wenden und zu engagieren. Obwohl es naheliegt, natürlich.

Nein, es war nicht mein wichtigstes Anliegen, gegen Nazis zu demonstrieren. Warum sollte das *meine* Aufgabe sein? Ist es nicht die Eure? Ist es nicht Eure Gesellschaft und wollt ihr sie nicht

um Euretwillen verteidigen? Das erinnert mich an ein Gespräch, das ich einmal mit der Klassenlehrerin meines Kindes führte. Sie wollte von den Eltern eine Genehmigung dafür erhalten, mit ihrer Klasse die Kinder der nahegelegenen jüdischen Grundschule zu besuchen. Nie hatte sie um eine Genehmigung für andere auswärtige Anliegen nachgesucht. Ich weigerte mich an dem Abstimmungsverfahren teilzunehmen, weil ich nicht der Meinung war, dass ein Zusammentreffen mit Jüd*innen so behandelt werden konnte, als handele es sich um eine genehmigungspflichtige Auslandsreise. Die Zugehörigkeit der Schüler*innen wurde wie eine Exterritorialität behandelt. Ich konnte mich nicht einem Prozeß aussetzen, in dem es den Eltern erlaubt sein sollte, mit Nein zu stimmen. Kann sich da jemand abmelden, weil das Kind Jüd*innen nicht treffen soll? Die Lehrerin war enttäuscht und sagte mir, dass sie diesen Besuch doch für »uns« unternähme.

Andererseits muss ich mich wahrscheinlich als Jüd*in und Bürger*in wehren, wenn ich als Jüd*in und Bürger*in angegriffen bin.

Ich könnte hier noch lange weiter sprechen und erzählen, wie ich begann, mich wieder einzumischen, nachdem ich die kommunistischen und teils auch die gewerkschaftlichen Organisationen hinter mir gelassen hatte. Und so beteilige ich mich als Jüd*in, als Bürger*in und auch als Feminist*in. Meine literarische Arbeit wird von diesen Fragen dominiert, obwohl ich sehr gerne über die hellen Farben, über Liebe und ähnlich anstrengende Sujets schreiben würde.

Am Tag nach den Morden von Hanau war ich an jenen Plätzen, sah die Kioskverkäuferin noch eben in der Bar essen, und stellte mir vor, wie der Polizist an der Wohnungstür klingelte und den Kindern, dem Mann oder der Oma, die aufpasste, bis die Mutter von der Schicht kommen würde, die Nachricht überbringen würde. Wahrscheinlich spräche er von tödlichen Verletzungen, das Wort würde sich im Kopf wiederholen und der Verstand würde sich weigern, den Sinn des Wortes und des dazugesagten Adjektivs anzunehmen. Am nächsten Tag erhielt ich ein Mail, in dem eine von mir geschätzte jüdische Frau schreibt, ob

ich nicht bemerkte, wie die Anteilnahme für die Getöteten, sie schrieb Muslime, so sehr von Herzen käme und wie dermaßen viele Menschen sie teilten, und wie routiniert und kalt es gewirkt hätte, als es um den Anschlag auf die Menschen in der Synagoge von Halle gegangen war. Ich schrieb zurück, hielt es für möglich, einen Unterschied zu sehen, erinnerte sie aber daran, wie sehr die Anfeindungen, Bedrohungen und Attacken eines jeden Tags gegenüber als muslimisch angesehenen Einrichtungen nicht beachtet worden waren und wie kränkend, demütigend und bedrohlich dies schon seit langer Zeit sei. Zum Schluss schrieb ich: Geh hin und du wirst verstehen. Alle diese Spaltungen, Gehässigkeiten – wessen wird ehrlicher gedacht –, alle diese Gedanken werden von dir abfallen und du wirst verstehen und da stehen und mit den Leuten weinen. Ich weiß nicht, ob meine Briefschreiberin hinging. Vielleicht noch nicht. Sie wird eines Tages gehen, davon bin ich überzeugt. Nur so entsteht das WIR, langsam, Wege werden gegangen, die nicht weiterführen oder sogar zurück. Das ist ständig so, auch ein fortwährendes Integrieren ineinander und zueinander findet statt, auch gegeneinander. Ich will mich hier als Bürger*in einmischen.

Es fällt auf, dass nach Straftaten infolge rechter Gewalt, wenn sie denn überhaupt in Ausmaß und Bedeutung erkannt werden, regelmäßig der Ruf nach Ausweitung der für die Sicherheit zuständigen Behörden ertönt, nicht jedoch der nach Stärkung der Zivilgesellschaft und ihrer Selbstorganisationen, die hier kompetent und aktiv sind. Im Gegenteil finden sich antifaschistische Archive und ähnliche Organisationen selbst als Gegenstand der Beobachtung durch den Verfassungsschutz wieder. Eine Erfolgsgeschichte ist die Ausweitung der »Sicherheitsarchitektur« nicht geworden. Doch die Selbstorganisation der Betroffenen und sie unterstützende Initiativen führten dazu, dass sich verschiedene Gruppen der Gesellschaft deutlich sichtbar behaupteten und in der Lage waren, aufeinander Bezug zu nehmen.

Wohin wollen die Akteur*innen, die Betroffenen und jene, die sich an ihre Seite stellen oder stellen wollen. Die Diskurse um

Identität, die Selbst-Organisationen der People of Color, Schwarzer Deutscher sowie der Sinti und Roma – mit der sicherlich längsten Geschichte einer Bürgerrechtsbewegung nach 1945, dies alles sind notwendige Prozesse. Der rechten und rechtsextremen Sammlungsbewegung, die sich parlamentarisch und außerparlamentarisch platziert, kann jedoch nicht mit einer Fortsetzung oder Ausweitung der Debatten um Identitäten begegnet werden. Eine Bürgerrechtsbewegung, die das Recht aller zu *sein* einfordert, kann sich Ideologismen nicht leisten. Sie kann auch auf Akteur*innen unterschiedlicher politischer Orientierung nicht verzichten. Bei Akzeptanz aller Unterschiedlichkeit käme es eben jetzt darauf an, die Gemeinschaft der Vielen zu stärken.

Sie kann sich möglicherweise nur in einer gewollten und bewussten Zusammenführung gegenüber einer weißen gesellschaftlichen Dominanz Gehör verschaffen und Positionen der Teilhabe gewinnen. Nichts deutet darauf hin, dass die Bewegung rasche Erfolge haben kann. Nur: Verzichten kann man auf diesem Weg auf niemanden. Black Lives Matter, Turkish Lives Matter, Romn*ja Lives Matter, Jewish Lives Matter. Wir müssen weitere Gruppen anführen, denen wir zugehören oder als zugehörig erklärt werden und die Anspruch darauf haben, geschützt zu sein.

Im Grunde geht es doch darum, dass der Bürgersteig allen gehört. Allen, die auf ihm gehen wollen und keine Gruppe kann beschließen, ob jemand da geht oder nicht. Das ist voraussetzungslos und nicht verhandelbar.

Ich bedanke mich bei Aleida Assmann, die das Nachwort für dieses Buch schrieb, bei Irit Dekel, Katharina Menschick, Kizer Walker für ihr Mitreden und Gegenreden und vielen anderen, die mich zu diesen Arbeiten anregten und mit mir diskutierten.

Esther Dischereit